

Herrn Präsident  
Dr. Christoph LEITL  
Wirtschaftskammer Österreich  
Wiedner Hauptstraße 63  
1045 Wien

Wien, am 6. November 2013

**Antrag**  
**an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich**  
**am 28. November 2013**

Die vergangenen fünf Jahre waren wirtschaftspolitisch verlorene Jahre: Steuerdruck und Bürokratielast sind gestiegen, in Wettbewerbs- bzw. Standortrankings hat Österreich kontinuierlich an Boden verloren. Stagnierende Konjunktur und steigende Arbeitslosigkeit ist alles, was am Ende bleibt. Die Rahmenbedingungen für die Betriebe müssen unbedingt verbessert werden. Abgesehen von einer Struktur- und Verwaltungsreform, basierend auf den Expertenvorschlägen, sowie einer umfassenden Bildungsreform stehen für den RfW acht Punkte im Vordergrund, die der Wirtschaft wieder „Luft zum Atmen“ geben.

**Lohnnebenkosten** senken: Die Lohnstückkosten kletterten zwischen 2008 und 2012 um fast 10 Prozent nach oben. Um die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen zu erhalten bzw. zu steigern, ist die Reduktion der Lohnnebenkosten unumgänglich.

**Neue Arbeitswelten:** In vielen Unternehmen werden flexible Arbeitszeiten auf Basis von Betriebsvereinbarungen zur vollsten Zufriedenheit aller bereits gelebt. Kollektivverträge müssen zusammengeführt und Betriebsvereinbarungen ausgebaut werden. Dem Fachkräftemangel ist unter anderem mit dem Ausbau der betrieblichen Lehre und dem Blum-Bonus Neu entgegenzutreten.

**Einkommenssteuer:** Die Eingangssteuer ist auf 25% zu senken. Die „kalte Progression“ ist zu bekämpfen, indem die Bemessungsgrundlage angehoben wird. Für die Anwendung des Höchststeuersatzes ist diese auf 100.000 Euro auszudehnen. Bagatelsteuern wie die Werbeabgabe sind endlich ersatzlos zu streichen! Die „Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen“ und „rechtsformneutrale Besteuerung“ sind umsetzungsreif.

**Unternehmensfinanzierungen** erleichtern: Frisches Geld via Bankkredit zu bekommen wird immer schwieriger. Crowdfunding und andere alternative Finanzierungsformen müssen daher ausgebaut werden. Privates Beteiligungskapital soll steuerlich begünstigt werden und auch die steuerliche Gleichstellung von Eigenkapital und Fremdkapital ist wichtig.

**Investitionen ankurbeln:** Die Investitionstätigkeit nimmt massiv ab! Die Wiedereinführung des Investitionsfreibetrages oder ein degressives Abschreibungsmodell könnte den Knoten lösen. Die Steuerfreiheit für reinvestierte Gewinne würde zukünftige Investitionen forcieren. Die Grenze der „geringwertigen“ Wirtschaftsgüter ist von 400 auf 1.000 Euro anzuheben und die Vorsteuerabzugsfähigkeit für alle betrieblich genutzten Fahrzeuge umzusetzen.

**Gewerbliche Güterproduktion ermöglichen:** Eine zukunftsweisende Ansiedlungsstrategie bedeutet unter anderem, dass günstige Betriebsgrundstücke, ein einfaches Anlagenrecht, schnelle Genehmigungsverfahren und weniger Zettelwirtschaft umgesetzt werden.

**Wettbewerbsfähigkeit steigern:** Verwaltungsvereinfachungen sind prioritär zu behandeln und Pflichtmitgliedschaften abzuschaffen! Zukunftsorientiert zu ordnen sind Betriebsübergaben, die Gewerbeordnung und das Vergaberecht. Vorrang für KMU!

**Moloch Sozialversicherung:** Die SV-Abgaben sind für EPU/Kleinstunternehmer ein großer Kostenfaktor. Wir brauchen eine Zusammenlegung von Gebietskrankenkassen und Effizienzsteigerung, damit eine Vereinheitlichung von Leistungen und die Abschaffung von Doppelbeiträgen erfolgt.

Die unterfertigten Delegierten des Wirtschaftsparlaments Österreich stellen daher folgenden

**Antrag:**

**Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich möge beschließen:**

Die Organe der Wirtschaftskammer Österreich werden aufgefordert, sich bei der neuen Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die oben angeführten Punkte in ein Erneuerungsprogramm für Österreich mit einbezogen werden!

  
KommR Matthias Krenn  
Fraktionsobmann

  
KommR Fritz Amann  
WKÖ-Vizepräsident

  
LAbg. Wolfgang Klinger  
Del. z. Wirtschaftsparlament

**Abänderungsantrag zu 8.12  
an das Wirtschaftsparlament  
der Wirtschaftskammer Österreich am 28.11.2013**

**Die österreichische Wirtschaft entfesseln!**

Wir schaffen ein modernes Österreich, in dem die Bedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit wirtschaftlichen Erfordernissen der Unternehmen und ökologischer Verantwortung in Einklang gebracht werden. Unternehmertum ist die Grundlage für Wohlstand und Lebensqualität, für eine gute Ausbildung für die Jungen und sichere Pensionen für die Älteren und damit soziale Sicherheit. Aufgabe einer zukunftsorientierten Politik ist es, die Wirtschaft zu stärken.

Mit folgendem Programm zur Entfesselung der Wirtschaft werden unter attraktiver Gestaltung steuerlicher Rahmenbedingungen zusätzliches unternehmerisches Potenzial mobilisiert, Unternehmen von bürokratischen Hürden befreit und gezielte Anreize für Investitionen gesetzt:

**Keine neuen Steuern**

Der Staat muss mit dem Geld der Steuerzahler besser wirtschaften und die Staatsschulden senken. Dann ist auch eine Senkung der Steuer- und Abgabenquote möglich, die eine Entlastung der heimischen Leistungsträger bringt.

**Lohnnebenkosten senken**

Zur Erleichterung von Beschäftigung für Unternehmen gilt es die Abgabenquote auf unter 40 Prozent zu senken. Dazu braucht es ein neues transparentes und unbürokratisches Steuersystem, das einfacher und leistungsgerechter ist und das eine Senkung der Lohnnebenkosten ermöglicht. Damit bleibt den arbeitenden Menschen mehr Netto vom Brutto und Unternehmen können mehr Arbeitsplätze schaffen.

**Neue Arbeitswelten**

Flexiblere Regelungen ermöglichen es den Unternehmen, schnell auf sich wandelnde Verbrauchertrends, den technologischen Wandel und neue Chancen zu reagieren. Derart bieten sich Arbeitnehmern Wahlmöglichkeiten bei der Arbeitszeitregelung, bessere Aufstiegsmöglichkeiten, eine bessere Vereinbarkeit von Privatleben, Beruf und Ausbildung sowie mehr individuelle Verantwortung. Dem Fachkräftemangel ist unter anderem mit dem Ausbau der „dualen Ausbildung“ entgegenzutreten.

**Wachstumsimpulse**

Nicht weitere Belastungen durch Steuern oder Abgaben, sondern die Förderung unternehmerfreundlicher Rahmenbedingungen ist Voraussetzung für künftiges Wachstum. Vor allem durch Reformen gilt es daher, notwendige Einsparungen zu erzielen und damit Belastungen für Arbeitgeber zu beseitigen. Als kurzfristige Maßnahmen gelten: Anhebung GWG, degressive AfA und die Abschaffung von Bagatellsteuern.

**Unternehmensfinanzierungen erleichtern**

Für Unternehmen wird es immer schwieriger, flexible Finanzierungen zu erhalten, die ihren Anforderungen entsprechen. Grund dafür sind strengere Eigenkapitalvorschriften für Banken sowie eine unzureichende Bereitstellung von Risikokapital. Ergänzende Finanzierungsinstrumente wie Crowdfunding sowie Private Equity und Venture Capital, sind daher unter entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen zu stärken. Mit Haftungsübernahmen soll für KMU der Zugang zu Krediten erleichtert werden. Dazu muss eine allzu restriktive Haftungsvergabe vermieden und das Volumen der tatsächlich vergebenen Haftungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten besser ausgeschöpft werden. Die Vergabe von Haftungen unter 100.000 Euro sollen deutlich vereinfacht werden, beispielsweise durch pauschale Haftungsrahmen.

### **Investitionen ankurbeln**

Konjunkturrell fordernde Zeiten sorgen bei heimischen Betrieben für Zurückhaltung. Um Risiken zu vermeiden werden daher Investitionen meist aufgeschoben und für Zeiten stabilen Wachstums eingeplant. Hier muss den Betrieben Mut gemacht werden, indem wir sie bei notwendigen Investitionen unterstützen und damit gezielt wirtschaftliches Wachstum fördern. Zielführende Maßnahmen sind die Einführung eines „Sanierungsbonus“ für private Investitionen sowie einer Investitionszuwachsprämie NEU und eines Beteiligungsfreibetrags.

### **Headquarter-Offensive**

Zur Absicherung und weiteren Aufwertung des heimischen Standortes für internationale Leitbetriebe sind attraktivierende Maßnahmen notwendig: Impulse für die Kooperation von Unternehmen mit Universitäten und Fachhochschulen, eine moderne Infrastruktur, ein leistungsfähiges Bildungssystem, attraktive steuerliche Rahmenbedingungen sowie die Lebensqualität entscheidende Faktoren für die Ansiedelung von Unternehmen.

### **Wettbewerbsfähigkeit steigern – Vorrang für KMU**

Verwaltungsvereinfachungen sind prioritär zu behandeln. Zukunftsorientiert zu ordnen sind Betriebsübergaben, die Gewerbeordnung und das Vergaberecht.

### **Nachhaltige Absicherung der Gesundheitsversorgung**

Die Nutzung von Synergien sowie die Bündelung von Ressourcen sollte bei allen Krankenversicherungsträgern weiter vorangetrieben werden. Insbesondere würde sich für die Gebietskrankenkassen die Übernahme bzw. die Entwicklung von innovativen und erfolgreichen Modellen nach Vorbild bundesweiter Sondersicherungsträger wie der SVA anbieten (SVD GmbH als gemeinsame Backoffice-Gesellschaft, PPP-Modelle bei den eigenen (Rehabilitations-)Einrichtungen sowie effiziente bundesweite Strukturen).

### **Lösungsorientierte bundesstaatliche Kompetenzverteilung**

Die Schaffung klarer, sinnvoll abgerundeter Kompetenzbereiche für Bund und Länder ist erforderlich. Es bedarf einer lösungsorientierten Kompetenzverteilung, die auch neue Spielräume für verwaltungsreformatorische Maßnahmen öffnen könnte. Besonders vordringlich ist eine Bundeskompetenz in Angelegenheit der Wirtschaft, des Bau(technik)rechts, des Umwelt- und Energierechts.

Die unterzeichneten Delegierten stellen daher folgenden

### **Antrag:**

Die Organe der Wirtschaftskammer Österreich werden aufgefordert, sich bei der neuen Bundesregierung für die rasche Umsetzung der oben angeführten Punkte einzusetzen.

.....